

Resolution des Rates der Stadt Marienmünster

Der Rat der Stadt Marienmünster beschließt nachfolgende Resolution zu den für Würgassen vorgesehenen Planungen zur Errichtung eines zentralen Bereitstellungslagers für schwach- und mittelradioaktive Abfälle:

1. Wir sind von der Art und Weise, wie mit uns als gewählte Vertreter der in unserer Stadt lebenden Menschen umgegangen wird, entsetzt. Die absolut ungenügende Informationspolitik der Bundesregierung und der von ihr beauftragten Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) ist nicht hinnehmbar. Die Sorgen und Nöte der Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Region sowie der örtlichen Behörden und Räte müssen endlich ernst genommen werden. Deshalb fordern wir Gespräche auf Augenhöhe mit der Bundesregierung.
2. Wir fordern die BGZ auf, transparent und nachvollziehbar den Bürgerinnen und Bürger vor Ort die Entscheidungsfindung zu erläutern. Sobald wie möglich ist zu einer öffentlichen Bürgerversammlung einzuladen.
3. Die Entscheidungsfindung für den Standort Würgassen ist in keiner Weise nachvollziehbar. Die angelegten Kriterien sind von einer unabhängigen Stelle zu überprüfen und zu bewerten. Dieses sollte nach Auffassung des Rates der Stadt Marienmünster durch den Umweltausschuss des Bundestages geschehen. Daher fordern wir, dass der laufende Prozess abgebrochen wird und der Umweltausschuss die Kriterien in einem transparenten Verfahren mit den Trägern öffentlicher Belange festlegt.
4. Das ehemalige Kernkraftwerk Würgassen befindet sich zwar auf dem Gebiet der Stadt Beverungen, doch die Bedeutung des geplanten zentralen Bereitstellungslagers geht deutlich über das Stadtgebiet hinaus. Deshalb sind alle betroffenen Anrainerkommunen und –kreise sowie die dortigen Abgeordneten in alle Planungen und Entscheidungen mit einzubeziehen.
5. Die hier lebenden Menschen im Dreiländereck sind in großer Sorge, dass gesundheitliche Gefahren von den angelieferten Gütern ausgehen werden. Es ist daher transparent darzustellen, welche Güter angeliefert werden und wie diese verarbeitet werden sollen. Vor einer endgültigen Entscheidung für einen Standort sind mit Hilfe wissenschaftlicher Untersuchungen die von der Anlieferung und Verarbeitung zu erwartenden Gefahren darzustellen.
6. Die vorhandene Infrastruktur ist für das Vorhaben bei weitem nicht ausreichend. Wir kämpfen seit Jahren für bessere Verkehrsverbindungen, werden aber immer wieder ausgebremst. Sowohl eine Andienung über die Straße als auch über die Bahn sind zurzeit überhaupt nicht gewährleistet. Mit der Wiederbelebung des früheren Bahngleises zum Kraftwerk ist es nicht getan. Die Bahnstrecke Ottbergen-Göttingen, die an Würgassen vorbeiführt, ist nach unseren Informationen für Güterverkehr ungeeignet. Hier sind umfangreiche, langwierige und kostspielige Investitionen erforderlich, die zwingend in die Entscheidungsfindung mit einzubeziehen sind. Die Deutsche Bahn hält diese Investitionen für nicht geboten. Zudem ist in diesem Zusammenhang auch zu prüfen, welchen Einfluss die Transporte auf den Öffentlichen Personennahverkehr haben. Es kann auf keinen Fall sein, dass die ohnehin schon schlechte Anbindung durch vermehrten Güterverkehr noch weiter verschlechtert wird.

Hinsichtlich der Anbindung über das Straßennetz bleibt festzustellen, dass die Transporte zum und vom geplanten Bereitstellungslager zwingend durch bewohnte Ortschaften mit unmittelbarer Bebauung der Bundesstraßen führen müssten, da es keine weiträumigen Ortsumgehungen gibt. Dieses stellt ein unkalkulierbares Risiko dar, das bei der Auswahlentscheidung bewertet werden muss. Im Bundesverkehrswegeplan sind Verbesserungen in dieser Hinsicht nicht vor 2030 berücksichtigt.

7. Die Stadt Marienmünster liegt inmitten des Weserberglandes. Die Ortschaft Vörden ist staatlich anerkannter Luftkurort und es gibt zahlreiche Betriebe, die vom Fremdenverkehr leben. Der Landkreis hat zahlreiche kulturelle Highlights zu bieten und wirbt nicht umsonst mit dem Label „Kulturland Kreis Höxter“. Unter anderem verläuft in unmittelbarer Nähe des geplanten Standortes mit dem Weserradweg der beliebteste Radweg Deutschlands. Zudem gibt es in Höxter eine Weltkulturerbestätte und eine Landesgartenschau ist in Vorbereitung. In Bad Karlshafen wurde der frühere Hafen mit erheblichen öffentlichen Mitteln reaktiviert. Viele weitere touristische Ziele ließen sich hier für unsere Region aufführen. Wir haben die große Sorge, dass mit einer Standortentscheidung für Würgassen all diese touristischen Bemühungen zunichte gemacht werden.

8. Wir sind eine strukturschwache Region, die für die Schaffung jedes zusätzlichen Arbeitsplatzes normalerweise dankbar ist und sich über zusätzliche Steuereinnahmen freut. Wir haben aber die Befürchtung, dass wir mit Bau und Inbetriebnahme des zentralen Bereitstellungslagers Arbeitsplätze im Tourismus verlieren und zudem – wie bereits angekündigt – Menschen unsere Region verlassen werden.

9. Wir haben große Sorge, dass entgegen anders lautender Beteuerungen Würgassen zu einem Endlager für Atommüll werden könnte. Denn was geschieht mit diesem „Logistikzentrum“, wenn Schacht Konrad nicht rechtzeitig fertiggestellt wird bzw. aus welchen Gründen auch immer, gar nicht in Betrieb genommen wird? Der Bestand der derzeitigen Genehmigung, die angeblich veraltet ist und nach heutigen Gesichtspunkten so nicht mehr erteilt würde, wird von vielen Kritikern angezweifelt. Das ist eine zentrale Frage, die von der Bundesregierung beantwortet werden muss. Wir fordern hier Sicherheiten, dass genau das nicht geschieht.

10. Bevor weitere Schritte in der Planung und Umsetzung des zentralen Bereitstellungslagers unternommen werden, fordern wir die Überprüfung der Standortentscheidung. Bis dahin sind alle genehmigungsrechtlichen Schritte zu unterlassen.